

Turbo-Globalisierung und Flüchtlingsströme

10. September 2015 | [Werner Vontobel](#) | [Allgemeine Politik](#), [Globalisierung und Entwicklungsländer](#), [Ökonomische Theorie](#), [Wirtschaftspolitik](#)

Die Flüchtlingsströme haben viele Ursachen. Eine davon ist die Globalisierung. Sie erschwert wirtschaftliches Aufholen der weniger entwickelten Länder und lässt Nationen scheitern.

Jeden Tag dieselben erschütternden Bilder von Flüchtlingen – aus Tunesien, Libyen, Eritrea, Syrien usw. Und immer wieder versuchen uns die für die entsprechenden Regionen zuständigen Korrespondenten zu erklären, was die Menschen zur Flucht bewegt – Bürgerkriege, Terror, Diktaturen, Hungerkatastrophen, Perspektivlosigkeit. Jedes Land hat seine Geschichte, seine Erklärung. Doch gibt es ein gemeinsames Muster?

Ja, fast alle Flüchtlinge kommen aus gescheiterten Staaten. Woran Staaten scheitern, oder nicht, darüber haben Wirtschaftshistoriker Dutzende von Büchern geschrieben. Sie kommen alle zu ähnlichen Ergebnissen – ungefähres [Gleichgewicht der Kräfte](#), [Vertrauenskapital](#), Rechtsstaat und immer wieder Institutionen. [Daron Acemoglu](#) und James Robinson haben das Begriffspaar der inklusiven und der extraktiven (bzw. exklusiven oder ausbeuterischen) Institutionen geschaffen.

Auf die Institutionen kommt es an! Die jüngere Geschichte der Entwicklungspolitik ist eine Geschichte der falschen Institutionen. Die Ökonomen der Weltbank haben Entwicklung vor allem als ein Problem des Transfers von Technologie gesehen. Deshalb haben sie versucht, den Entwicklungsländern durch die Ansiedlung von Multis zum Sprung nach vorne zu verhelfen. Zu diesem Zweck müsse man das Entwicklungsland für das ausländische Kapital attraktiv machen. Was das konkret bedeutet wurde im [Washingtoner Konsens](#) festgehalten: Freie Kapitalmärkte, Flexibilisierung der Arbeitsmärkte, Deregulierung, tiefe Löhne, Privatisierung und Sparprogramme des Staates.

Doch kann das wirklich funktionieren? Damit sich ein Land mit geringem Kapitalstock dem Niveau eines Landes mit sehr hohem Kapitalstock nähern kann, muss es seine Produktivität in allen Bereichen erhöhen und gleichzeitig die Konsumgewohnheiten und den Produktemix radikal umkrempeln. Weg von der Landwirtschaft, hin zur Industrie und dann zu den persönlichen Dienstleistungen, Tourismus, Gesundheit etc. Das setzt einiges voraus: Alle Arbeitnehmer müssen sich flexibel an die neuen Bedingungen anpassen und sie müssen an den Produktivitätssteigerungen voll beteiligt werden, damit die Nachfrage jederzeit ausreicht, um den Strukturwandel zu realisieren.

Dieser Weg ist steinig und überall droht der Absturz: Bessere Technologie setzt Investitionen in Maschinen, Saatgut etc. voraus. Die Geldgeber sitzen am längeren Hebel und werden den Mehrwert abkassieren, falls es den Arbeitnehmern nicht rechtzeitig gelingt, sich zu organisieren oder der Staat ihnen stützend zu Hilfe kommt. Dass die alten Bauern und neuen Fabrikarbeiter Reallöhne erstreiten könnten, die ihrer gestiegenen Produktivität entsprechen, ist fast nirgendwo in der Welt von Entwicklungsländern realisiert worden, mit Ausnahme der asiatischen Aufholer, in erster Linie Japan, Korea und China. In Lateinamerika, Afrika, dem Nahen Osten und dem Mittleren Osten kann von einem solchen Prozess in keiner

Weise die Rede sein und die westliche Institutionen haben nichts dazu getan, um ihn zu fördern. Im Gegenteil, über die vermeintlich notwendige Flexibilität der Arbeitsmärkte laut Washington Konsens haben sie alles dazu getan, es zu verhindern.

Aus unserer eigenen Wirtschaftsgeschichte wissen wir, wie schwierig dieser Prozess ist, welche Machtkämpfe ausgetragen, welche neuen – inklusiven – Institutionen geschaffen werden mussten. Dabei hatten wir noch günstige Voraussetzungen. Das damalige Industrieproletariat konnte nicht auswandern, es musste sich zusammenraufen. (Dort wo es ausgewandert ist, wie etwa in Süditalien, fand der Fortschritt nicht statt). Die Fabrikherren konnten ihre Produktion nicht auslagern, oder damit drohen. Sie mussten sich mit den Gewerkschaften arrangieren.

Wir Westler haben die Wende nicht zuletzt deshalb geschafft, weil erstens Grenzen damals sowohl für Arbeitskräfte, Kapital und Dienstleistungen noch ziemlich dicht und auch für Waren nur beschränkt durchlässig waren. Nur die Ideen konnten ziemlich frei zirkulieren zumal es zweitens noch kaum Patent- geschweige den Markenrecht gab. Drittens war die Konkurrenz damals auch aus der Sicht der Nachzügler wie etwa der Schweiz oder Deutschland noch nicht sehr weit enteilt. Der technologische Rückstand war vergleichsweise bescheiden. Alles in allem haben wir uns in einer sehr geschützten Werkstatt entfalten können.

Demgegenüber müssen sich die heutigen Nachzügler in eine Welt integrieren, die sich dem Freihandel und offenen Grenzen verschrieben hat. Ihr technologischer Rückstand gegenüber den führenden Nationen ist riesig. Wie soll unter diesen Umständen Entwicklung gelingen? Die Antwort ist die Turbo-Globalisierung durch Washingtoner Konsens. Statt erst mühsam mit inklusiven Institutionen einen Binnenmarkt aufzubauen klinkt man sich direkt mit modernsten Produktionsmethoden und tiefen Lohnkosten in die globalen Absatzmärkte ein und breitet sich dort allmählich aus.

Auf den ersten Blick scheint die Rechnung der Turbo-Globalisierer aufgegangen zu sein. Werden nicht ständig Arbeitsplätze in die Schwellen- und Drittländer ausgelagert? Nein, zumindest nicht per Saldo. Was wir hier als Deindustrialisierung wahrnehmen, ist schlicht die Folge davon, dass die Produktivität der Industriegüter schneller wächst als die Nachfrage, und sich folglich Arbeitsplätze von der Industrie in die Dienstleistungen verschieben. Strukturwandel halt.

Wenn wir wissen wollen, ob Industriejobs nicht nur in Einzelfällen, sondern per Saldo von Norden in den Süden wandern, müssen wir die Marktanteile vergleichen. Genau dies hat Dani Rodrik getan. Der Titel seiner Studie „[premature deindustrialisation in the developing world](#)“ nimmt das Ergebnis vorweg: die alten Industrieländer haben ihre Position als Nettoexporteure von Industrieprodukten noch ausgebaut. Die Entwicklungsländer sind deindustrialisiert worden, noch bevor sie eine namhafte eigene Industrie aufbauen konnten. Zwar haben auch die alten Länder Industriejobs verloren, aber der prozentuale Rückgang fiel hier geringer als dort. Die Industrieländer haben ihre Überschüsse in der 3. Welt entsorgt und damit das Entstehen einer eigenen Industrie erschwert oder gar unterbunden.

Gravierender als die verlorenen Arbeitsplätze sind die politischen und sozialen Folgen dieser verhinderten Industrialisierung: Die Entwicklungsländern haben zwar punktuell technologisches Knowhow importiert, aber ihnen fehlen mehr denn je die sozialen Institutionen, die nötig sind, um technologisches Können in allgemeinen

Wohlstand umzuwandeln. Rodrik formuliert es sinngemäss so: Ohne die Industrialisierung und die für sie typischen Grossunternehmen gibt es bloss Kleinunternehmen und prekäre, informelle Arbeitsverhältnisse. Unter diesen Umständen ist es für die „Nicht-Eliten“ unmöglich, eine Klassensolidarität zu entwickeln und sich in Parteien und Gewerkschaften zu organisieren und eine demokratische Kultur zu entwickeln. Stattdessen dominieren ethnische und religiöse Gegensätzen, was der Elite erlaubt, ihre Interessen nach dem Prinzip des Teilens und Herrschens durchzusetzen. Sie ist nicht gezwungen, bindende Verpflichtungen einzugehen. Statt Rechtsstaatlichkeit herrscht Willkür.

Mit Acemoglu und Robinson kann man auch sagen, dass die Turbo-Globalisierung nach dem Washington-Konsens extraktive statt inklusive Institutionen begünstigt hat, und damit Nationen zum Scheitern gebracht hat. Eine steigende Produktivität ist muss von inklusiven Institutionen begleitet werden, die einen entsprechen steigenden Massenkonsum und mehr Freizeit erlauben. Sonst produziert der Fortschritt bloss Chaos, Ungleichheit und Arbeitslosigkeit. Und das in einer Welt, in der die Grenzen so durchlässig sind wie nie zuvor.

Quelle - <http://www.flassbeck-economics.de/turbo-globalisierung-und-fluechtlingsstroeme/>